

Rede Christian Imark, Nationalrat SVP

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Klimafonds-Initiative ist ein direkter Angriff auf die finanzielle Stabilität der Schweiz und auf ein zentrales Erfolgsmodell unseres Landes: die Schuldenbremse. Die Initiative will die Schaffung eines Klima-Schuldenfonds von bis zu 10 Milliarden Franken pro Jahr – vollständig ausserhalb der Schuldenbremse. Bis 2050 würden so bis zu 200 Milliarden Franken neue Schulden aufgebaut.

Schulden sind Gift für jedes Land. Sie schränken den finanziellen Handlungsspielraum ein und verursachen hohe Zinskosten, die Jahr für Jahr bezahlt werden müssen, ohne dass dadurch ein zusätzlicher Nutzen entsteht. Vor allem aber sind sie nicht nötig. Die Schweiz stellt bereits erhebliche Mittel für den Klimaschutz bereit: Allein der Bund investiert jährlich rund 2,4 Milliarden Franken in Gebäudesanierungen, nachhaltige Heizsysteme, Innovationen in der Wirtschaft, erneuerbare Energien und die Biodiversität. Hinzu kommen Investitionen von Kantonen, Gemeinden, Unternehmen und der Bevölkerung. Jede staatliche Aufgabe muss in einem angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen. Entsprechend sind die bestehenden Gefässe des Bundes durch die Bevölkerung legitimiert. Exzessive und teure Umverteilungen zulasten des Mittelstands hat die Bevölkerung wiederholt klar abgelehnt – zuletzt beim CO₂-Gesetz 2021.

Für den Bund ist die Konsequenz einer solchen Schuldenpolitik klar: Entweder wird gespart oder es braucht neue Einnahmen. Dass Sparen politisch und praktisch äusserst schwierig ist, zeigt die aktuelle Diskussion rund um das Entlastungsprogramm 27. Realistisch betrachtet bleiben deshalb mittelfristig nur Steuererhöhungen, um diese Schulden abzubauen.

Eine Steuer steht dabei besonders im Fokus: die Mehrwertsteuer. Auch der Bundesrat geht davon aus, dass die Schulden des Klimafonds über diese Steuer finanziert würden. Konkret würde dies eine Erhöhung um bis zu 2,5 Prozentpunkte bedeuten. Das entspricht Mehrkosten von bis zu 1'280 Franken pro Haushalt und Jahr. Es wäre die mit Abstand grösste Mehrwertsteuererhöhung seit ihrer Einführung. Die Schweiz – bislang

ein Sonderfall im europäischen Vergleich – würde sich damit ihren Nachbarländern annähern und eine Mehrwertsteuer von über 10 Prozent einführen.

Das hätte gravierende Folgen. Eine höhere Mehrwertsteuer schwächt die Kaufkraft der Bevölkerung massiv. Denn der Mehrwertsteuer kann niemand ausweichen: Sie belastet alle Haushalte – unabhängig vom Einkommen. Deshalb ist klar: Der Klima-Schuldenfonds ist nicht nur klimapolitisch unnötig und finanzpolitisch gefährlich, sondern auch in höchstem Masse unsozial. Er untergräbt die Schuldenbremse, belastet den Mittelstand und schwächt die Kaufkraft – ohne garantierten Zusatznutzen für das Klima.